

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Helm. Fahrenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Aken, Krefeld, Ruth, Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat I.—R.

Nummer 17

Düsseldorf, den 25. April 1931.

Verbandort Krefeld

## Schwierige Lage der Invalidenversicherung

Im ersten Heft, Jahrg. 1931, der Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung, mit dem Titel „Die Reichsversicherung“, untersucht Oberregierungsrat Heinze die derzeitige geldliche Lage der Invalidenversicherung. Der Aufsatz verrät eine gründliche Kenntnis der Materie und des geschichtlichen Bedinganges der gesetzlichen Invalidenversicherung. Wenn wir nachstehend die wichtigsten Gesichtspunkte des Aufsatzes auszugsweise wiedergeben, dann auch darum, weil sie eine wertvolle Ergänzung und zugleich auch eine Bekräftigung des in Nr. 14 und 15 unserer Zeitung erschienenen Artikels „Ungerechtigkeiten in der deutschen Sozialversicherung“ darstellen.

Die Invalidenversicherung hat durch die Zerrüttung der Währung den Hauptteil ihres Vermögens verloren. Am Ende des Jahres 1913 war ein Reinvermögen von 2,1 Milliarden Mark vorhanden, während für den 1. Januar 1924 nur ein aufgewerteter Bestand von 254 Millionen RM. nachgewiesen werden konnte. Wenn dieser Posten auch im Laufe der nächsten Jahre durch weitere Aufwertung noch um etwa 120 Millionen RM. gestiegen ist, so bleibt doch bis heute ein nachweisbarer Verlust von mehr als 3 Milliarden RM., da die Zinsen des verlorenen Vermögens (für 17 Jahre) natürlich mit in die Waagschale fallen. Noch nicht berechnet ist hierbei, daß unter der Voraussetzung einer ordnungsmäßig fortschreitenden Entwicklung das Vermögen der Invalidenversicherung in den Jahren nach 1913 noch außerhalb des Zuwachses an Zinsen Vermehrungen erfahren hätte.

Außer diesem Vermögensverlust sind noch andere bedeutsame Gründe für die schwierige geldliche Lage der Invalidenversicherung vorhanden. In der Bilanz hat nicht nur die Aktivseite eine schwere Einbuße erlitten, sondern die Passivseite ist durch außerordentliche, 1913 noch nicht vorausgesehenen Belastungen

erhöht worden. Die Einnahmen wie die Ausgabe Seite erheblich zu Ungunsten der geldlichen Lage beeinflusst. Zu gewaltigen Beitragsausfällen traten starke Vermehrungen der Rentenkassen. Beides wird sich der wirklichen Höhe nach kaum jemals mit einiger Sicherheit zahlenmäßig feststellen lassen. Ferner hat sich, auch abgesehen von den unmittelbaren Einflüssen des Krieges, die Zusammensetzung der Bevölkerung in schwerwiegender Weise geändert. Die zunehmende Ueberalterung des deutschen Volkes, bei der die Abnahme der Geburtenzahl und die Verringerung der Sterbenswahrscheinlichkeit für die Invalidenversicherung im gleichen Sinne wirken, ergibt als natürliche Folge in der hier zur Erörterung stehenden Frage namentlich ein weit über frühere Schätzungen hinausgehendes Anwachsen der Rentenkasse (während die Beitragseinnahme vielleicht als ausgeglichen gelten kann durch den jetzt erweiterten Kreis der Versicherten, namentlich auch der Frauen).

Den Umfang der hierdurch eintretenden Mehrbelastung läßt die Zusammenstellung der voraussichtlichen Rentenzahlen nach den Schätzungen des Statistischen Reichsamtes erkennen. Danach würde die Zahl der Invalidenrenten in 50 Jahren von etwa 2 Millionen auf rund 4,5 Millionen steigen; die Zahl der Witwenrenten würde sich verdreifachen.

Diese veränderte Alterszusammensetzung könnte aber längst nicht die jetzt beobachtete und für die Zukunft zu erwartende Wirkung haben, wenn nicht der Kreis der Rentenempfänger sich seit 1913 stark vergrößert worden wäre. Hier seien einige Beispiele genannt:

1916 wurden 11 705 Altersrenten neu festgesetzt, 1917 aber 96 703 (Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr). Die Bewilligung der Alterswitwenrente vom 65. Jahre ab (Gesetz vom 8. April 1927) brachte in den Jahren 1927 und 1928 Zugänge von 25 077 und 31 549 solcher Renten. Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juli 1929 gingen im ersten Jahre der Gültigkeit dieses Gesetzes 120 553 Witwenrenten neu zu.

Vor allem aber muß in Rechnung gezogen werden die gewaltige Vermehrung der Renten durch die gegenüber der Vorkriegszeit erfolgte Erhöhung der Rentenzugänge. So ist nach der Statistik der Sozialversicherung für 1929 z. B. der Reichszugang von 50 Mark auf 72 RM. der Grundbetrag von durchschnittlich 80 Mark auf 168 Reichsmark gestiegen. Der Kinderzuschuß betrug 1913 ein Zehntel der durchschnittlichen Invalidenrente gegenüber 120 RM. in der Gegenwart.

Der Rententeil aus Steigerungsbeträgen endlich ist am stärksten erhöht. Er kann für 1913 auf 56,80 Mark geschätzt werden. Seine jetzige Höhe liegt weit über dem doppelten Betrage. Die Jahresgesamtlast, die aus Steigerungsbeträgen für Vorinflationsbeiträge entsteht, wird zurzeit auf 322 Millionen RM. geschätzt, gegenüber der nach den alten Sätzen zu bemessenden Last von 125 Millionen RM.; das bedeutet eine Mehrlast von 197 Millionen RM. jährlich, für welche der Invalidenversicherung niemals Beiträge der Versicherten zugeflossen sind.

## Kampf gegen die Sozialversicherung!

Das alte Rezept: Abbau der Renten

Der „Hansa-Bund“ zeichnet sich von jeher durch seine radikale antisoziale Stellungnahme in Fragen der Lohn- und Sozialpolitik aus. Sein Evangelium zur Behebung der schwierigen wirtschaftlichen Lage und zur Behebung der „Krise der deutschen Sozialpolitik“ kommt in seinen immer wiederkehrenden Forderungen zum Ausdruck, die seit Jahren den gleichen Refrain behalten haben: **Abbau der Sozialpolitik!** Dabei weiß der Hansa-Bund sehr wohl öffentliche Meinung zu machen. Er beschränkt sich nicht auf eigene Rundgebungen und Eingaben an die Regierung, sondern bearbeitet beständig insbesondere auch die ihm zugängliche Presse des Handels und der Industrie, deren Interessen ihm naturgemäß in besonderer Weise am Herzen liegen. In seiner „Etatkritischen Korrespondenz“ stellt er den Schriftleitungen dieser zugänglichen Presse laufend seine Artikel „zum kostenlosen Abdruck“ zur Verfügung — natürlich, wie er schreibt, „nicht als Verlautbarung des Hansa-Bundes“, sondern nur um „ausschließlich wertvolle Beiträge der öffentlichen Diskussion über die Etatsprobleme zu vermitteln“. Wir haben in unserer Zeitung wiederholt über diese „wertvollen Beiträge“ des Hansa-Bundes unseren Mitgliedern berichtet. Seine Meinungspropaganda verdient immer wieder unsere größte Beachtung, ist sie doch in jeder Hinsicht dazu angeht, den sozial reaktionären Bestrebungen gewisser Wirtschaftskreise Vorschub zu leisten und Stimmung gegen die deutsche Sozialpolitik, gegen die Gewerkschaften und gegen die Arbeitererschaft ganz allgemein zu machen.

In der letzten Ausgabe seiner erwähnten Korrespondenz veröffentlicht der Hansa-Bund einen wiederum beachtenswerten Artikel des hiesigen sozialpolitischen Ministers a. D. Dr. Ing. Gothein. Herr Gothein liebt klare Worte:

**Senkung der Leistungen der Sozialversicherung** ist seine Parole: „Die Wirtschaft zu beleben, ist nur durch Senkung der Selbstkosten möglich. In ihnen spielen neben Steuern und Löhnen die Soziallasten eine Hauptrolle.“ — Also, **Abbau der Soziallasten**, und die Wirtschaftskrise wird behoben sein. Das ist das einfache Rezept des Herrn Gothein. Auf die deutsche Sozialversicherung angewendet heißt das — wiederum nach den Worten des Herrn Gothein —:

„Nachdem bei der Krankenkassenversicherung eine Abbau der Leistungen und Beiträge stattgefunden hat, wird es nunmehr notwendig, einen solchen auch bei den anderen Versicherungen — vornehmlich der Arbeitslosen — und der Invaliden- und Altersversicherung vorzunehmen.“

Auch wie Herr Gothein sich diesen Abbau der Leistungen denkt, sagt er uns offenherzig: Unter Hinweis auf die gestiegenen Leistungen der Invalidenversicherung, die erhöhte Zahl der Rentenempfänger und das Wachsen der Rentenleistungen kommt er zu dem Ergebnis:

**„Um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, bleibt also nur die Senkung der letzteren, z. B. der Renten übrig.“**

Herr Gothein beweist auch die Berechtigung und Möglichkeit dieser Rentensenkung in der Invalidenversicherung:

„Im Durchschnitt des Jahres 1926 betragen die monatlichen Invalidenrenten R. M. 24,92, im Durchschnitt des II. Vierteljahres 1930 R. M. 36,40, waren also in diesen wenigen Jahren um 46 v. H. gestiegen, die Witwenrenten wiesen gleichzeitig eine durchschnittliche Steigerung von 14,27 auf

22,44 RM., d. i. um 57 v. H., und die Witwenrenten eine solche von 10,02 auf 14,48 RM., also um 48 v. H. auf. Der Lebenshaltungsindex stand im Durchschnitt 1926 auf 141,2, im März 1931 dagegen auf 137,7, also um 2,5 v. H. niedriger. Die Realrentenbezüge der Invaliden und Witwen haben sich also gegen 1926 um die Hälfte, die der Witwen um drei Fünftel erhöht.“

Das ist eine Erhöhung, die natürlich nach dem sozialen Empfinden und der wirtschaftlichen Erkenntnis des Herrn Gothein unerträglich ist: „Das verarmte deutsche Volk, das zudem derart steuerlich überlastet ist, kann es sich natürlich nicht leisten, die Realrente der Invaliden, Witwen und Waisen so zu steigern, wie das in den letzten Jahren geschehen ist.“ Hier muß eine gründliche Reform erfolgen. Herr Gothein gibt uns dafür ein einfaches Rezept:

„Es wäre“ nach seinen Worten „durchaus zu verantworten, die Renten um durchschnittlich 30 v. H. zu senken.“

Warum nicht auch, früher waren sie ja noch niedriger! Auch für die bekanntlich in einer außerordentlich schwierigen Lage stehende Reichsrentenversicherung weiß Herr Gothein die gleiche Lösung: „Da es angesichts der eingeschränkten Belegkassensituation und der gesunkenen Verdienste nicht möglich ist, die Beiträge weiter zu erhöhen, bleibt nur eine scharfe Senkung der Leistungen übrig.“ Daß sich Herr Gothein bei seinen Erwägungen nicht an kleinliche Bedenken stört, zeigt seine Ueberlegung zur Durchführung dieser Leistungsenkungen: „Da es sich dabei vielfach um wahlverwandte Renten handelt, gleich mit ihnen oder um den Konkurs nicht wohl herkommen.“ Das ist bezeichnend. In der Frage der Beamtenbesoldung haben wir von Herrn Gothein allerdings eine solche Meinung über die „wohlverordneten Rechte“ noch nicht gehört. Ob er sie auf sich selbst anwendet?

„Der Deutsche“ gibt in einer Aeußerung zu den in meinen Vorschlägen des Herrn Gothein demselben ein sehr gutes Gegenrezept, wenn er schreibt:

„Für derartige Reformer gibt es nur ein Heilmittel: die streng durchgeführte Beurteilung, selbst einmal ein Jahr lang mit einer Monatsrate von 25 bis 30 Mark zu leben. Schade, wirklich sehr schade, daß es nicht möglich ist, eine derartige Kur zur Durchführung zu bringen Herr Reichsminister a. D. Dr. Ing. Gothein! Wie wär's, wollen Sie nicht einmal freiwillig die Probe aufs Exempel machen und den Beweis dafür erbringen, daß man es verantworten kann, Monatsrenten von 36 Mk. und weniger um 30 Prozent zu senken? Grau ist alle Theorie, bitte schön, praktizieren Sie hier einmal. Dann können Sie ja wieder dem Hansa-Bund dienen und damit auf die Sonnenseite des Lebens zurückkehren.“

Die grundsätzliche Tendenz aus den Forderungen des Herrn Gothein ist klar: „Mit der Ueberpannung ihrer Forderung haben die Gewerkschaftspolitiker die Arbeiterversicherung zu Tode kuriiert.“ Das ist das alte Latein des Hansa-Bundes. Seine sozial-reaktionäre Stellungnahme ergibt sich daraus. Die Arbeitererschaft wird in den kommenden Monaten gut darauf achten müssen. Wenn nicht alles täuscht, steht uns nicht nur in der Lohnpolitik, sondern auch in der Sozialversicherung ein schwerer Kampf bevor, bei dem es um nicht mehr und nicht weniger als um die Erhaltung der Sozialversicherung überhaupt geht.

Eine Berechnung der gesamten wirklichen Mehrlast für die Versicherungsträger zu geben, vermag niemand mit Sicherheit. Die vorgenommene Teilschätzung für die in der Gegenwart bei den Invalidenrenten etwa entstehende Mehrbelastung kann nur eine Vorstellung geben von der Größenordnung der hier in Betracht kommenden Zahlen. Fieht man in Betracht, daß bei der Invalidenrente der Kinderzuschuß noch nicht mit berücksichtigt war, nimmt man ferner hinzu, daß auch bei den anderen Rentenarten der Versicherung in ähnlicher Weise ungedeckte Lasten auferlegt worden sind, dann kann man ermessen, daß die hier entstandene Mehrbelastung der Invalidenversicherung in ihrem heutigen Gesamtwert jedenfalls dem durch Krieg und Inflation verursachten Vermögensverlust wohl zur Seite gestellt werden kann.

Es darf dabei nicht vergessen werden, daß diese Jahresbelastungen, für welche niemals Beiträge entrichtet wurden, zwar in der Zukunft geringer werden, aber doch noch auf viele Jahrzehnte laufen werden.

Das Ergebnis der Untersuchung wird dahingehend zusammengefaßt, daß festgestellt werden müsse, daß eine Erhöhung der Beiträge (ohne irgendwie auf die

die Frage der wirtschaftlichen Tragbarkeit eingehen zu wollen) allein keinesfalls zur wirklichen Befundung der Invalidenversicherung führen könne. Mit der Erhöhung der Beiträge müsse zum mindesten eine Verringerung des §. 1289 R. V. (Bemessung der Steigerungsbeträge) verbunden werden. Aber auch dann wäre eine Beitragserhöhung als einzige Maßnahme nicht ohne Bedenken. Da kein Versicherter höhere Beiträge zahlen dürfte, als dem Versicherungswagnis bei irgend einem Deckungsverfahren entspricht, wenn der Charakter der Versicherung erhalten bleiben sollte, müsse ein Weg gefunden werden, die Invalidenversicherung von den Lasten freizustellen, die ihrer Entfaltung nach nicht von ihr getragen werden können. Im übrigen müßten die Beiträge dann so ausreichend bemessen werden, daß die Versicherung sich selber trägt. Der Verfasser vertritt dann zum Schluß dieser beachtenswerten Abhandlung die Auffassung, daß es nötig wäre, daß der Invalidenversicherung fortan niemals wieder Lasten auferlegt würden, für die ihr nicht die notwendigen Beiträge zugeflossen seien.

Der verdiente Präsident des Reichsverbandes der deutschen Landesversicherungsanstalten, Dr. Schroeder,

Der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften hat folgende Einzelorganisationen in sich vereint:

- 1. Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Hamburg und Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzender: Hans Beshl.
2. Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzende: Frä. Katharina Müller.
3. Reichsverband deutscher Güts- und Forstbeamten, Berlin W 10, Dörnbergstr. 6. Vorsitzender: Güterdirektor Hugo Lüttringhaus.
4. Deutscher Werkmänner-Bund, Essen a. d. R., Friedensstraße 61. Vorsitzender: Auf der Laake.
5. Verband Deutscher Techniker, Essen a. d. R., Schützenbahn 65. Vorsitzender: Hermann Petersen.
6. Fachverband der Privatbahnarbeiter, Angestelltengruppe, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Heinrich Leh.
7. Reichsverband der Büroangestellten und Beamten, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzender: Ernst Schröder.
8. Bund angestellter Akademiker, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 19. Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Alfons Gallus.
9. Reichsverband angestellter Ärzte, Leipzig, Weststraße 75. Vorsitzender: Dr. Hadrich.
10. Verband deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere, Hamburg, Stubbenhuk 10. Vorsitzender: Kapitän Walter Freyer.
11. Berufsverband deutscher Dentisten, Berlin N 24, Oranienburger Str. 60/63. Vorsitzender: Max Benz.
12. Reichsverband deutscher Berufsmusiker, Berlin C 25, Kaiser-Wilhelm-Straße 31. Vorsitzender: Wilhelm Donath.
13. Reichsverband der Molkerei- und Käseangestellten, Berlin SW 61, Teltower Straße 34. Vorsitzender: Molkereidirektor Rauch.
14. Reichsverband deutscher Bergbauangestellter, als Fachgruppe Bergbau im Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25. Vorsitzender: Dr. Otto Herwegen.

Dem Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter gehören an:

- 1. Gewerkschaft deutscher Eisenbahner e. V., Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Oskar Rümmele.
2. Fachverband der Privatbahnarbeiter, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Heinrich Leh.
3. Fachverband der Straßen- und Schnellbahnarbeiter, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Gerhard Bohl.
4. Fachverband der Industrieisenbahner, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Wohlfahrt.
5. Fachverband der Reichs- und Staatsbediensteten, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Georg Knopke.
6. Deutsche Wasserstraßen-Gewerkschaft, Berlin W 57, Bülowstraße 88. Vorsitzender: Hans Brune.
7. Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten, Abt. Annäherer, Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 5. Vorsitzender: Gustav Jäcker.
8. Bayerischer Eisenbahnerverband e. V., München, Luisenstr. 15. Vorsitzender: Michael Helmerich, M. d. R.
9. Reichsverband des deutschen Flieger- und Luftschiffpersonals, Berlin NW 6, Am Zirkus 9. Vorsitzender: Josef Walker.
10. Reichsbund ehemaliger Militärmusiker Deutschlands e. V., Berlin-Frohnau, Fischtalweg 26. Vorsitzender: Max Stahl.
11. Bund deutscher Seefahrer, Berlin W 57, Bülowstraße 88. Vorsitzender: Hans Brune.
12. Deutsche Postgewerkschaft, Düsseldorf, Wilhelmplatz 9. Vorsitzender: Ferdinand Weber.

Zehn Jahre „Der Deutsche“

Am 1. April bestand die Tageszeitung „Der Deutsche“ zehn Jahre. Aus dem Offener Kongress der christlichen Gewerkschaften (November 1920), der über alle Parteinteressen hinweg das soziale und nationale Gemeinschaftsgefühl auf die breiteste, alle Schichten der Bevölkerung umfassende Grundlage gestellt wissen wollte, erwuchs der Gedanke der Notwendigkeit dieser Zeitung. „Der Deutsche“, der zielbewußt ohne kapitalistische Bindungen und Abhängigkeiten seinen Weg ging, gab aus Anlaß seines Jubiläums eine wertvolle Sondernummer heraus, in der der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinrich Imbusch, den Weg aufzeigt, den der Deutsche Gewerkschaftsbund gegangen ist; Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes, die christlichen Gewerkschaften in Vergangenheit und Zukunft behandelt; Georg Proßt die Angestelltenbewegung in der Nachkriegszeit; Wilhelm Wiedfeldt Gewerkschaftskämpfe, öffentliche Meinung und Zeitung; Emil Dornjat Erinnerungen an den Anfang; Clara Meinek die Entwicklung der Sozialpolitik; Johannes Eudenbach die Gliederung des Deutschen Gewerkschaftsbundes; Prof. Dr. Theodor Brauer Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, und Alphons Nobel Zehn Jahre „Der Deutsche“. Auch wir wünschen der Jubiläum noch recht viele Jahre segensreichen Schaffens im Interesse des gesamten deutschen Volkes.

Erwerbslosenkursus in Altenberg

In der Woche vom 15. bis 21. März veranstaltete unser Verband im Jugendheim zu Altenberg bei Köln einen Kursus für erwerbslose männliche Jugendliche. Aus den einzelnen Geschäftsstellen des rheinischen Verbandsbezirks nahmen insgesamt 38 Jugendliche teil. Bereits am Sonntag, dem 15., erfolgte die Anreise in das Heim zu Altenberg, das den jungen Menschen für acht Tage eine gast-

liche Stätte sein sollte. Und dieser Aufgabe ist das Heim voll und ganz nachgekommen. Eiken besseren und geeigneteren Ort wie das stille Jugendheim zu Altenberg im Schatten des alten Domes konnte die Verbandsjugendleitung für diesen Kursus wohl kaum finden. All dies und das schöne Frühlingswetter trugen dazu bei, das Gelingen des Kursus von vornherein zu garantieren.

Der Kursus sollte bezwecken, den jungen erwerbslosen Menschen in ihrer unfreiwilligen Untätigkeit wenigstens für kurze Zeit einmal die Schwere des Alltags vergessen zu lassen und sie mit neuem Mut und frischer Zuversicht für die Zukunft zu befehlen. Das letztere ist ja besonders für einen jungen Menschen, der längere Zeit erwerbslos ist, notwendig und wichtig; denn nichts wirkt zermürbender als eine längere Untätigkeit.

Ferner sollte diese Woche den jungen Menschen auch in geistiger Beziehung neue Anregungen geben. Sie sollten für ihr späteres Leben geistiges Rüstzeug gewinnen. So wechselten im Laufe der Kursuswoche ernste Bildungs- und Schulungsarbeit mit Wanderungen, frohem Spiel, Gesang und sonstiger guter Unterhaltung ab.

Der erste Kursustag galt dem Verbands-, Verbandsaufbau und Gliederung des Verbandes, die Möglichkeit zur Mitarbeit innerhalb der Verbandsfunktionen und die Bedeutung der Mitarbeit wurde eifrig besprochen.

Am zweiten Tage verstand es der Kollege Fischer, die Teilnehmer durch die Behandlung des Themas „Das Standesstreben der christlichen Arbeiterschaft“ über die oft nichternsten Fragen des Alltags empor zu heben. Es galt, unserer Jugend einmal die großen idealen Ziele unserer christlichen Arbeiterschaft als Standesbewegung zu zeigen. Ziele, die über die Bestrebungen der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinausgehen. Und diese Ziele müssen auch in unserer Jugend lebendig gemacht werden.

Ein weiterer Tag galt den Zielen der christlichen Arbeiterhilfe. Hierüber sprach Frä. Clara Sandfort, Köln. Der christlichen Arbeiterhilfe kommt gerade in der jetzigen Zeit, wo die Erwerbslosigkeit so manche Arbeiterfamilie in schwere Not und Bedrängnis gebracht hat, erhöhte Aufmerksamkeit zu. Es gilt daher, diesen Gedanken der Hilfsbereitschaft unter den christlichen Arbeitern zu wecken.

Die erste und erfolgreichste Hilfe ist jedoch die Selbsthilfe der Gewerkschaften, die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitnehmer. Doch darüber hinaus gibt es noch viel Bedürftigkeit. Diese zu steuern, ist mit Aufgabe unserer christlichen Arbeiterhilfe.

Ueber die Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sprach Kollege Fritz Melchers, Düsseldorf. In reger Form der Arbeitsgemeinschaft wurden die wichtigsten Bestimmungen eingehend besprochen.

Ueber die tieferen Ursachen der Wirtschaftskrise sprach am Freitag der Schriftleiter unseres Verbandsorgans, Koll. Raier. Er verstand es, in sehr klarer und übersichtlicher Form ein Bild über die weltwirtschaftlichen Veränderungen zu geben. Diese Veränderungen sind verursacht durch den Weltkrieg, und neben dem verlorenen Weltkrieg eine der Hauptursachen für die deutsche Wirtschaftskrise mit. Ueber die weiteren Ursachen der Krise, überstürzte und übertriebene Rationalisierung, über die falsche Einstellung der Unternehmer zum Lohnproblem und anderes entspann sich eine sehr rege Aussprache.

Am Samstag wurde über die Folgen der Erwerbslosigkeit für die Jugend gesprochen. Mancher junge Mensch erleidet durch die Erwerbslosigkeit seelischen und moralischen Schaden. Die Arbeit als Erziehungsmittel und als Mittel zur Willensstärkung fehlt dem jungen Erwerbslosen. Darum gilt es, diese Freizeit auszugestalten. Neben möglicher Garten- und Hausarbeit und sonstiger Selbstbetätigung sollen dazu Kurse dienen. Notwendig ist vor allem, die Jugend vor den Gefahren der Straße zu bewahren.

In Vertretung der Bezirksleitung sprach der Kollege Karl Dörpinghaus an einem Nachmittag über rheinische Textilindustrie und rheinische Arbeiterschaft. Es wurde somit versucht, der Jugend in die wichtigsten Gebiete einen

Einblick zu geben, soweit es im Laufe der acht Tage möglich war. Und diese acht Kursustage gingen allen Teilnehmern leider zu schnell herum. Das Abwechslungsreiche der Tage, die Wanderungen an den Nachmittagen in das schöne Bergische Land, ferner die Dombesichtigung nebst Orgelspiel werden diese Woche bei den meisten der jungen Menschen zu einem Erlebnis für das ganze spätere Leben machen. So konnte denn auch am Schlusse des Kursus die Feststellung gemacht werden, daß er zur vollen Zufriedenheit der Teilnehmer und auch der Kursusleitung verlaufen sei. Mit neuem frischen Mut und mit dem Willen, auch in Zukunft als echte junge christliche Gewerkschaftler den Kampf mit dem Leben aufzunehmen, zogen die Teilnehmer mit herzlichem Lebewohl Samstag nachmittag ihrer Heimat zu.

Berichte aus den Ortsgruppen

Langenbielau. Unsere Ortsgruppe hielt dieser Tage eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung in Schöns Gasthaus ab. Der Vorsitzende konnte einige neue Mitglieder begrüßen. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand der Bericht des Geschäftsführers, Kollegen Kleinwächter, über die Lohnbewegung. In eingehenden Darlegungen sprach er über die Vorgeschichte der Bewegung, sowie über die von Arbeitgeberseite gestellten Forderungen, in deren Mittelpunkt eine Abbauforderung von 23 Prozent steht. Das würde eine Senkung des Entlohnes von 60 auf 48 Pf. bedeuten. Aus dem Bericht über die bisher stattgefundenen Verhandlungen war zu entnehmen, daß die Schuld am Scheitern derselben wahrlich nicht auf Seiten der Arbeitnehmer gelegen hat. Ferner wurde über die Bedeutung der Betriebsratswahlen gesprochen. Betriebsratsmitglied Kobligh gab einen eingehenden Bericht über die Betätigung des Betriebsrates im verfloffenen Jahre. Kollege Weber besprach eingehend die vier eingereichten Vorschlagslisten bei der Firma Christian Dietig. Pflicht unserer christlich organisierten Arbeiterschaft muß es sein, das Betriebsratsgesetz nicht zum Spielball parteipolitisch-sonderlicher Interessen zu gestalten. Nach Erledigung einiger Anfragen konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen. H. Th.

Bücher und Schriften

Reichsbergverzeichnis 1931. Herausgegeben vom Reichsverband für deutsche Jugendherbergen, Verlagsabteilung; Hiltensbach in Westfalen, Preis 1,- RM.

Zum 19. Male gibt der deutsche Jugendherbergverband sein Herbergverzeichnis heraus. Wie alljährlich, so bringt es auch in diesem Jahre eine Fülle von neuen Anregungen für den Wandrerfreund. Das Büchlein wird dem jungen wie dem alten Wanderer ein trefflicher Berater sein. Erst wenn man sich einmal die Mühe macht, das mit einem entsprechenden Titelbild versehene Büchlein durchzublättern, erkennt man, wach umfangreiches Werk hier für unsere Jugend aufgebaut wurde. 25 Gauen und 1000 Ortsgruppen betreuen ein Netz von 2200 Jugendherbergen im ganzen Reich, von denen jede hier mit allen Einzelheiten genannt ist. Genau gezeichnete Reizearten zeigen die Lage jeder Jugendherberge an. Im Textteil findet der Wanderfreund alles Wissenswerte für seine Fahrten: Bestimmungen des Herbergverbandes, die Bestimmungen der Reichsbahn über die Jugendfahrten usw. Unseren Jugendgruppen und allen Wanderfreunden können wir das Büchlein recht warm empfehlen. Es wird ihnen Freude bereiten und manchen damit den Weg in die Natur und zum Wandern zeigen können.

Briefkasten

H. Fr. Gladbach-Rhendt. Dein Gedicht ist leider nicht druckreif. Wie wäre es, wenn Du mal in einem Aufzuge zu einer gewerkschaftlichen Frage Stellung nehmen würdest? Gruß! Die Schriftleitung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Christliche Arbeiterin und Gewerkschaft. — Die christlichen Gewerkschaften zur Lage. — Und nun die Unfallversicherung? — Für gesetzliche Arbeitszeitverkürzung. — Ein tüchtiger Betriebsleiter. — Welche Berufsverbände gehören zum Deutschen Gewerkschaftsbund. — Zehn Jahre „Der Deutsche“. — Erwerbslosenkursus in Altenberg. — Feuilleton: Takagi streikt. — Allgemeine Rundschau. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Bücher und Schriften. — Briefkasten. — Inserate.

Schriftleitung: Otto Raier, Düsseldorf, Florenzstr. 7.

Saatkartoffeln. Die Königin der Frühkartoffeln. Original Paulsen's Juli Kohlfest. Vigoröses Merkmalvermögen des Landwirtschafsbundes für die Provinz Rheinland bezogen auf die Oberbehörde von Paulsen's Juli gegenüber dem Synonymen. Paulsen's Juli ist nach dem Urteil von Sachverständigen die beste Frühkartoffel zum Treiben und für die erste Ernte im freien Felde. Die Knollen sind merkwürdig klein und flach, haben ein tiefgelbes Fleisch von feinstem Geschmack. Paulsen's Juli ist die reichste Frühkartoffel, denn Erntebträge an erster Stelle stehen, 150-200 Ztr. pro Morgen kräftig gelblich. Paulsen's Juli ist deshalb für Markt- und Hauswirtschaftlicher, die ganz frühzeitig gute Frühkartoffeln erzielen wollen, mit großer Überzeugung die allerbeste. Paulsen's Juli eignet sich für alle Böden. Original P.S.G. Erdgold. Für Massenbauern und Winterbedarf Original P.S.G. Erdgold. Ein reines, kräftiges, gelblichweißes Kartoffel mit späterer Reifezeit. Erdgold ist eine neue, tolle, kräftige, gelblichweiße Kartoffel. Erdgold hat sich als sehr erntereich erwiesen. Sowohl in der Ebene wie in der Höhe. Er ist ein sicherer Hebelträger. Er wurde Erträge von 150 Ztr. und mehr pro Morgen erzielt. Obwohl im Herbst früher erntbar, wurde bei ihm keine merkliche Ernteschwäche und keine Knollen große Verwässerung beobachtet. Erdgold ist die Kartoffelart, welche im Zeitpunkt der Ernte die besten Kartoffeln liefert. Für jeden Landwirt ist Original P.S.G. Erdgold. 1 Ztr. RM. 9,-, 1/2 Ztr. RM. 5,-, 1/4 Ztr. RM. 3,-, 1/8 Ztr. RM. 1,50. Versand per Nachnahme. A. O. Füllner G. m. b. H., Samen- und Großhandlung, Tabarz (Bez. Erfurt) G 57.

Sprechapparate Kropf. außerordentlich billig. Sowert-Doppelfeder-Sprechapparat mit großer Metallfassung, beste Sprechschallenerzeugung, mit Sprachplattensystem, Kongressmodell, anstatt RM. 125,- nur RM. 50,-. Vollange Soret, recht. Bestellungen Sie nicht bei den Händlern. Max Horn, Orgel-Harmoniumfabrik Eisenberg/Thüringen.

Lungen- und Asthmapatienten. ist unser Kräuter-Tee „Silvana“ von hervorragend durchgreifender Wirkung. „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt“, schreibt E.W. in P. „Anwurf, Nachtschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf.“ „Unser Arzt wertschätzte sich selbst, daß der Tee mir bekommt“, so lauten begeisterte Dankschreiben über glänzende Erfolge in wenigen Tagen, wo andere Kuren jahrelang vergeblich waren. Pro Paket Mk. 1,-. Nachnahme. Frei verkäuflich. Silvana - Tee - Vertrieb, Augsburg 4994.

Für 4,60 RM. den ganzen Garten voller Blüten! Wir liefern 10 Edelrosenrosen, das Beste, was darin existiert, prima starke Blüten, aber nicht Qualität in den schönsten Sorten mit Namen, 10 Prachtgleditsien in den schönsten Farben, 10 Kneifen-Begonien in den schönsten Farben, 2 wundervolle Dahlienknollen, 10 Glühweinstöckchen, alles in prima Qualität und schon in diesem Jahre unerlässlich blühend. Die ganze Kollektion für nur RM. 4,60. Doppelkollektionen RM. 8,-. Versuchen Sie nicht, von diesem billigen Angebot zu verpassen. Bestellungen werden viele Dankeschreiben. VERSANDGARTENBEI A. O. Füllner G. m. b. H., 657 Tabarz (Bez. Erfurt).

Sächsische Bettfedern. Fabrik Paul Hoyer, Delitzsch 103 Prov. Sachsen, Angerstraße 4 sendet Ihnen zur allerbesten, atstrong reellen Qualitäten Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen. Ferner prima Bettinlett. Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umgehend und portofrei.

DER DEUTSCHE die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz. Jährenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Nieu, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 17

Düsseldorf, den 25. April 1931

Verbandort Krefeld

## Schwierige Lage der Invalidenversicherung

Im ersten Heft, Jahrg. 1931, der Zeitschrift für die gesamte Sozialversicherung, mit dem Titel „Die Reichsversicherung“, untersucht Oberregierungsrat Heinze die derzeitige geldliche Lage der Invalidenversicherung. Der Aufsatz verrät eine gründliche Kenntnis der Materie und des geschichtlichen Verdeganges der gesetzlichen Invalidenversicherung. Wenn wir nachstehend die wichtigsten Gesichtspunkte des Aufsatzes auszugsweise wiedergeben, dann auch darum, weil sie eine wertvolle Ergänzung und zugleich auch eine Bekräftigung des in Nr. 14 und 15 unserer Zeitung erschienenen Artikels „Ungerechtigkeiten in der deutschen Sozialversicherung“ darstellen.

Die Invalidenversicherung hat durch die Zerrüttung der Währung den Hauptteil ihres Vermögens verloren. Am Ende des Jahres 1913 war ein Reinvermögen von 21 Milliarden Mark vorhanden, während für den 1. Januar 1924 nur ein aufgewerteter Bestand von 254 Millionen RM. nachgewiesen werden konnte. Wenn dieser Verlust auch im Laufe der nächsten Jahre durch weitere Aufwertung noch um etwa 120 Millionen RM. gestiegen ist, so bleibt doch bis heute ein nochweisbarer Verlust von mehr als 3 Milliarden RM., da die Zinsen des verlorenen Vermögens (für 17 Jahre) natürlich mit in die Bagatelle fallen. Noch nicht berechnet ist hierbei, daß unter der Voraussetzung einer ordnungsmäßig fortschreitenden Entwicklung das Vermögen der Invalidenversicherung in den Jahren nach 1913 noch außerhalb des Zuwachses an Zinsen Vermehrungen erfahren hätte.

Außer diesem Vermögensverlust sind noch andere bedeutende Gründe für die schwierige geldliche Lage der Invalidenversicherung vorhanden. In der Bilanz hat nicht nur die Aktivseite eine schwere Einbuße erlitten, sondern die Passivseite ist durch außerordentliche, 1913 noch nicht vorauszuweisende Belastungen vergrößert worden. Zunächst haben natürlich der Krieg und die nachfolgende Zeit die Einnahme wie die Ausgabe Seite erheblich zu Ungunsten der geldlichen Lage beeinflusst. Zu gewaltigen Beitragsausfällen traten starke Vermehrungen der Rentenkassen. Beides wird sich der wirklichen Höhe nach kaum jemals mit einiger Sicherheit zahlenmäßig feststellen lassen. Ferner hat sich, auch abgesehen von den unmittelbaren Einflüssen des Krieges, die Zusammensetzung der Bevölkerung in schwerer Weise geändert. Die zunehmende Ueberalterung des deutschen Volkes, bei der die Abnahme der Geburtenzahl und die Verringerung der Sterbenswahrscheinlichkeit für die Invalidenversicherung im gleichen Sinne wirken, ergibt als natürliche Folge in der hier zur Erörterung stehenden Frage namentlich ein weit über frühere Schätzungen hinausgehendes Anschwellen der Rentenkasse (während die Beitragseinnahme vielleicht als ausgeglichen gelten kann durch den jetzt erweiterten Kreis der Versicherten, namentlich auch der Frauen).

Den Umfang der hierdurch eintretenden Mehrbelastung läßt die Zusammenstellung der voraussichtlichen Rentenzahlen nach den Schätzungen des Statistischen Reichsamtes erkennen. Danach würde die Zahl der Invalidenrenten in 50 Jahren von etwa 2 Millionen auf rund 4,5 Millionen steigen; die Zahl der Witwenrenten würde sich verdreifachen.

Diese veränderte Alterszusammensetzung könnte aber längst nicht die jetzt beobachtete und für die Zukunft zu erwartende Wirkung haben, wenn nicht der Kreis der Rentenempfänger seit 1913 stark vergrößert worden wäre. Hier seien einige Beispiele genannt:

1916 wurden 11 705 Altersrenten neu festgestellt, 1917 aber 96 793 (Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr). Die Bewilligung der Alterswitwenrente vom 65. Jahre ab (Gesetz vom 8. April 1927) brachte in den Jahren 1927 und 1928 Zugänge von 25 077 und 31 549 solcher Renten. Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 12. Juli 1929 gingen im ersten Jahre der Gültigkeit dieses Gesetzes 120 553 Witwenrenten neu zu.

Vor allem aber muß in Rechnung gezogen werden die gewaltige Vermehrung der Renten durch die gegenüber der Vorkriegszeit erfolgte Erhöhung der Rentennormen. So ist nach der Statistik der Sozialversicherung für 1929 z. B. der Reichszuschuß von 50 Mark auf 72 RM. der Grundbetrag von durchschnittlich 80 Mark auf 168 Reichsmark gestiegen. Der Kinderzuschuß betrug 1913 ein Zehntel der durchschnittlichen Invalidenrente gegenüber 120 RM. in der Gegenwart.

Der Rententeil aus Steigerungsbeträgen endlich ist am stärksten erhöht. Er kann für 1913 auf 56,80 Mark geschätzt werden. Seine jetzige Höhe liegt weit über dem doppelten Betrage. Die Jahresgesamtlast, die aus Steigerungsbeträgen für Vorinflationsbeiträge entsteht, wird zurzeit auf 322 Millionen RM. geschätzt, gegenüber der nach den alten Sätzen zu bemessenden Last von 125 Millionen RM.; das bedeutet eine Mehrlast von 197 Millionen RM. jährlich, für welche der Invalidenversicherung niemals Beiträge der Versicherten zugesprochen sind.

## Kampf gegen die Sozialversicherung!

Das alte Rezept: Abbau der Renten

Der „Hansa-Bund“ zeichnet sich von jeher durch seine radikale antisoziale Stellungnahme in Fragen der Lohn- und Sozialpolitik aus. Sein Evangelium zur Behebung der schwierigen wirtschaftlichen Lage und zur Behebung der „Krise der deutschen Sozialpolitik“ kommt in seinen immer wiederkehrenden Forderungen zum Ausdruck, die seit Jahren den gleichen Refrain behaftet haben: **Abbau der Sozialpolitik!** Dabei weiß der Hansa-Bund sehr wohl öffentliche Meinung zu machen. Er beschränkt sich nicht auf eigene Rundgebungen und Eingaben an die Regierung, sondern bearbeitet beständig insbesondere auch die ihm zugängliche Presse des Handels und der Industrie, deren Interessen ihm naturgemäß in besonderer Weise am Herzen liegen. In seiner „Staatkritischen Korrespondenz“ stellt er den Schriftleitungen dieser zugänglichen Presse laufend seine Artikel „zum kostenlosen Abdruck“ zur Verfügung — natürlich, wie er schreibt, „nicht als Verlautbarung des Hansa-Bundes“, sondern nur um „ausschließlich wertvolle Beiträge der öffentlichen Diskussion über die Staatsprobleme zu vermitteln“. Wir haben in unserer Zeitung wiederholt über diese „wertvollen Beiträge“ des Hansa-Bundes unseren Mitgliedern berichtet. Seine Meinungspropaganda verdient immer wieder unsere größte Beachtung, ist sie doch in jeder Hinsicht dazu angetan, den sozial reaktionären Bestrebungen gewisser Wirtschaftskreise Vorschub zu leisten und Stimmung gegen die deutsche Sozialpolitik, gegen die Gewerkschaften und gegen die Arbeiterschaft ganz allgemein zu machen.

In der letzten Ausgabe seiner erwähnten Korrespondenz veröffentlicht der Hansa-Bund einen wiederum beachtenswerten Artikel des bekannten sozial-reaktionären Vorkämpfers gegen die deutsche Sozialpolitik, Reichsministers a. D. Dr. Ing. Gothein. Herr Gothein liebt klare Worte:

### Senkung der Leistungen der Sozialversicherung

ist seine Parole: „Die Wirtschaft zu beleben, ist nur durch Senkung der Selbstkosten möglich. In ihnen spielen neben Steuern und Löhnen die Soziallasten eine Hauptrolle.“ — Also, **Abbau der Soziallasten**, und die Wirtschaftskrise wird behoben sein. Das ist das einfache Rezept des Herrn Gothein. Auf die deutsche Sozialversicherung angewendet heißt das — wiederum nach den Worten des Herrn Gothein —

„Nachdem bei der Krankenkassenversicherung eine Abbau der Leistungen und Beiträge stattgefunden hat, wird es nunmehr notwendig, einen solchen auch bei den anderen Versicherungen — vornehmlich der Arbeitslosen — und der Invaliden- und Altersversicherung vorzunehmen.“

Auch wie Herr Gothein sich diesen Abbau der Leistungen denkt, sagt er uns offenerherzig: Unter Hinweis auf die gestiegenen Leistungen der Invalidenversicherung, die erhöhte Zahl der Rentenempfänger und das Wachsen der Rentenleistungen kommt er zu dem Ergebnis:

„Um Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen, bleibt also nur die Senkung der letzteren, z. B. der Renten übrig.“

Herr Gothein beweist auch die Berechtigung und Möglichkeit dieser Rentensenkung in der Invalidenversicherung:

„Im Durchschnitt des Jahres 1926 betragen die monatlichen Invalidenrenten RM. 24,92, im Durchschnitt des II. Vierteljahres 1930 RM. 36,40, waren also in diesen wenigen Jahren um 46 v. H. gestiegen, die Witwenrenten wiesen gleichzeitig eine durchschnittliche Steigerung von 14,27 auf

22,44 RM., d. i. um 57 v. H., und die Witwenrenten eine solche von 10,02 auf 14,48 RM., also um 48 v. H. auf. Der Lebenshaltungsindex stand im Durchschnitt 1926 auf 141,2, im März 1931 dagegen auf 137,7, also um 2,5 v. H. niedriger. Die Realrentenbezüge der Invaliden und Witwen haben sich also gegen 1926 um die Hälfte, die der Witwen um drei Fünftel erhöht.“

Das ist eine Erhöhung, die natürlich nach dem sozialen Empfinden und der wirtschaftlichen Erkenntnis des Herrn Gothein unerträglich ist: „Das verarmte deutsche Volk, das zudem derart steuerlich überlastet ist, kann es sich natürlich nicht leisten, die Realrente der Invaliden, Witwen und Waisen so zu steigern, wie das in den letzten Jahren geschehen ist.“ Hier muß eine gründliche Reform erfolgen. Herr Gothein gibt uns dafür ein einfaches Rezept:

„Es wäre“ nach seinen Worten „durchaus zu verantworten, die Renten um durchschnittlich 30 v. H. zu senken.“

Warum nicht auch, früher waren sie ja noch niedriger! Auch für die bekanntlich in einer außerordentlich schwierigen Lage stehende Reichs-Knappschaftsversicherung weiß Herr Gothein die gleiche Lösung: „Da es angesichts der eingeschränkten Belegschaftsziffern und der gesunkenen Verdienste nicht möglich ist, die Beiträge weiter zu erhöhen, bleibt nur eine scharfe Senkung der Leistungen übrig.“ Daß sich Herr Gothein bei seinen Erwägungen nicht an kleinliche Bedenken stört, zeigt seine Ueberlegung zur Durchführung dieser Leistungsenkungen: „Da es sich dabei vielfach um wohlverworbene Rechte der Rentenempfänger handelt, wird man — wiederum nach den Worten des Herrn Gothein — um einer gerichtlichen Zwangsverteilung mit ihnen oder um den Konkurs nicht wohl herumkommen.“ Das ist bezeichnend. In der Frage der Beamtenbesoldung haben wir von Herrn Gothein allerdings eine solche Meinung über die „wohlverworbene Rechte“ noch nicht gehört. Ob er sie auf sich selbst anwendet?

„Der Deutsche“ gibt in einer Uebersetzung zu den faulen Vorschlägen des Herrn Gothein demselben ein sehr gutes Gegenrezept, wenn er schreibt:

„Für derartige Reformen gibt es nur ein Heilmittel: die streng durchgeführte Beurteilung, selbst einmal ein Jahr lang mit einer Monatsrate von 25 bis 30 Mark zu leben. Schade, wirklich sehr schade, daß es nicht möglich ist, eine derartige Kur zur Durchführung zu bringen. Herr Reichsminister a. D. Dr. Ing. Gothein! Wie wär's, wollen Sie nicht ein mal freiwillig die Probe aufs Exempel machen und den Beweis dafür erbringen, daß man es verantworten kann, Monatsrenten von 36 Mk und weniger um 30 Prozent zu senken? Grau ist alle Theorie, bitte schön, praktizieren Sie hier einmal. Dann können Sie ja wieder dem Hansa-Bund dienen und damit auf die Sonnenseite des Lebens zurückkehren.“

Die grundsätzliche Tendenz aus den Forderungen des Herrn Gothein ist klar: „Mit der Ueberspannung ihrer Forderung haben die Gewerkschaftspolitiker die Arbeiterversicherung zu Tode kurieren.“ Das ist das alte Latein des Hansa-Bundes. Seine sozial-reaktionäre Stellungnahme ergibt sich daraus. Die Arbeiterschaft wird in den kommenden Monaten gut darauf achten müssen. Wenn nicht alles täuscht, steht uns nicht nur in der Lohnpolitik, sondern auch in der Sozialversicherung ein schwerer Kampf bevor, bei dem es um nicht mehr und nicht weniger als um die Erhaltung der Sozialversicherung überhaupt geht.

Eine Berechnung der gesamten wirklichen Mehrlast für die Versicherungsträger zu geben, vermag niemand mit Sicherheit. Die vorgenommene Teilschätzung für die in der Gegenwart bei den Invalidenrenten etwa entstehende Mehrbelastung kann nur eine Vorstellung geben von der Größenordnung der hier in Betracht kommenden Zahlen. Zieht man in Betracht, daß bei der Invalidenrente der Kinderzuschuß noch nicht mitberücksichtigt war, nimmt man ferner hinzu, daß auch bei den anderen Rentenarten der Versicherung in ähnlicher Weise ungedeckte Lasten auferlegt worden sind, dann kann man ermaßen, daß die hier entstandene Neubelastung der Invalidenversicherung in ihrem heutigen Gesamtwert jedenfalls dem durch Krieg und Inflation verursachten Vermögensverlust wohl zur Seite gestellt werden kann.

Es darf dabei nicht vergessen werden, daß diese Jahresbelastungen, für welche niemals Beiträge entrichtet wurden, aber in der Zukunft geringer werden, aber doch noch auf viele Jahrzehnte laufen werden.

Das Ergebnis der Untersuchung wird dahingehend zusammengefaßt, daß festgestellt werden müsse, daß eine Erhöhung der Beiträge (ohne irgendwie auf die

die Frage der wirtschaftlichen Tragbarkeit eingehen zu wollen) allein keinesfalls zur wirklichen Befundung der Invalidenversicherung führen könne. Mit der Erhöhung der Beiträge müsse zum mindesten eine Ueberbelastung des §. 1289 RM. (Bemessung der Steigerungsbeträge) verbunden werden. Aber auch dann wäre eine Beitragserhöhung als einzige Maßnahme nicht ohne Bedenken. Da kein Versicherter höhere Beiträge zahlen dürfe, als dem Versicherungswagnis bei irgend einem Deckungsverfahren entspricht, wenn der Charakter der Versicherung erhalten bleiben solle, müsse ein Weg gefunden werden, die Invalidenversicherung von den Lasten freizustellen, die ihrer Entstehung nach nicht von ihr getragen werden können. Im übrigen müßten die Beiträge dann so ausreichend bemessen werden, daß die Versicherung sich selber trägt. Der Verfasser vertritt dann zum Schluß dieser beachtenswerten Abhandlung die Auffassung, daß es nötig wäre, daß der Invalidenversicherung fortan niemals wieder Lasten auferlegt würden, für die ihr nicht die notwendigen Beiträge zugeflossen seien.

Der verdiente Präsident des Zentralverbandes der deutschen Landesversicherungsanstalten, Dr. Schroeder,

hat kürzlich mit folgenden Worten die gegenwärtige Lage der deutschen Invalidenversicherung gekennzeichnet:

„Es ist kein Zweifel, daß die Invalidenversicherung in der Zukunft mit den bisherigen Beiträgen die Rentenlast nicht tragen können und daß es infolgedessen nötig ist, nicht nur neue Lohnklassen einzuführen, sondern auch die sämtlichen übrigen Beitragsmarken zu erhöhen. Diese Erhöhung wird das Wirtschaftsleben tragen müssen, und es ist der Gedanke ganz unmöglich, daß etwa die Invalidenversicherung vom Reichstag und der Reichs-

regierung derartig im Stich gelassen würde, daß die notwendigen Erhöhungsanträge nicht rechtzeitig von der Reichsregierung gestellt oder vom Reichstag abgelehnt werden könnten. Die Invalidenversicherung ist für viele Millionen von Versicherten die einzige Sicherstellung für die im Alter und der Invalidität drohenden Gefahren. Jahrzehntlang haben diese Millionen von Menschen ihre Beiträge zur Sicherung ihres Alters und ihrer Zukunft hergegeben, und sie haben infolgedessen auch einen Anspruch, daß sie vom Deutschen Reich nicht im Stich gelassen werden.“

# Die Struktur der deutschen Weberei-Industrie

Neben den Sonderuntersuchungen über die Produktionsleistung der deutschen Wollindustrie, der Wirk- und Strickwarenindustrie und der deutschen Baumwollspinnereien und über die Gesamterzeugung der deutschen Textilwirtschaft veröffentlichte das Statistische Reichsammt einen Enquetebericht auch über die Struktur und die Produktionsleistung der Webereien aller in Betracht kommenden Branchen, der ebenso wertvolle Aufschlüsse über Gliederung, Größenverhältnisse und Erzeugungstätigkeit dieses Industriezweiges gibt. Wie bei den anderen Erhebungen, so bezieht sich auch hierbei das Erhebungsergebnis auf das Jahr 1928, also auf eine Zeit noch verhältnismäßig guter Beschäftigungslage im Anschluß an die Hochkonjunktur des Jahres 1927 und zeigt somit noch nicht die Auswirkungen des folgenden Konjunkturabstieges der letzten beiden Jahre. Trotzdem und trotz dieses zeitlichen Zurückliegens kommt dennoch aber auch diesen Erhebungen eine grundsätzliche Bedeutung für die Beurteilung der inneren Verfassung und Entwicklung der deutschen Webereiindustrie zu. Die Enquete bietet zudem ein abgeschlossenes Bild der gesamten deutschen Gewebe-Erzeugung in allen Rohstoffarten und Branchen und stellt so wertvolles Material für die Unterrichtung über den gesamten Industriezweig dar.

In ihren Hauptzweigen gliedert sich die deutsche Webereierzeugung auf folgende Sparten:

Produktionsart	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen *)	Zahl der Webstühle mechanische	Handwebst.
Weberei woll. u. halbwoll. Gewebe	1149	91 611	84 773	2767
Teppichweberei	88	17 309	4 625	3458
Sonstige Wollweberei	118	4 097	3 527	130
Baumwollweberei	1169	134 870	220 429	1011
Baumwoll-, Samt- u. Blüschweberei	35	3 510	5 925	48
Möbelstoffweberei	125	14 399	9 384	202
Seidenweberei	354	47 902	47 552	437
Leinwandweberei	338	37 556	45 570	1565
Schwerweberei	19	3 405	2 556	—
Juteweberei	49	12 468	11 324	—
Sonstige Weberei	161	6 446	6 545	350
Zusammen	3605	373 573	445 210	9956

\*) 1. Juli 1928.

Die Zahl der beschäftigten berufsgenossenschaftlich versicherten Personen war im Jahresdurchschnitt um 11 v. H. höher als im Jahre 1925 (letzte Erhebung). Bereits am Jahreschluß 1928 lag die Beschäftigtenzahl allerdings wesentlich tiefer und nur noch 6 v. H. über der Beschäftigtenzahl von 1925. Eine erhebliche Zunahme gegen 1925 erfuhr die Zahl der Webstühle in allen Produktionszweigen. Dabei entfiel die Zunahme an Webstühlen vornehmlich auf Automatenstühle, deren Zahl von 15 086 auf 23 367 stieg, während die Zahl der Handwebstühle weiter zurückging und sich vornehmlich auf Spezialzweige beschränkte.

Die im Jahre 1928 ermittelte Erzeugung zeigt gegenüber 1925 eine zum Teil beträchtliche Mehrproduktion, vornehmlich in der Wollweberei, Seidenweberei und Juteindustrie. Bei der Vergleichen der ermittelten Produktionswerte muß berücksichtigt werden,

daß bereits im Jahre 1928 die Preise wesentlich niedriger waren als im Jahre 1925, so daß die tatsächliche Mehrproduktion noch wesentlich größer ist als der Vergleich der Produktionswerte zum Ausdruck bringt.

## Die Erzeugung in den Hauptgewebegruppen betrug in der

	1925	1928
	Mill. Mk.	Mill. Mk.
Wollweberei	1374	1489
Seiden- und Kunstseidenweberei	411	533
Baumwollweberei	1476	1452
Sonstige Gewebe	404	363
	3605	3837

Ueber die Webereien mollenen und halbwollener Bekleidungsstoffe ist bereits berichtet worden. In der Gruppe der Teppichwebereien erfuhr die Produktionsleistung eine besonders starke Zunahme infolge der Belebung der Nachfrage durch die verbesserten Wohnungsverhältnisse. Die Gesamterzeugung betrug 166 Mill. Mk. und lag um rund ein Drittel höher als im Jahre 1925. Das Schwergewicht der Teppichweberei liegt im Großbetrieb; die Zahl der mechanischen Webstühle erhöhte sich hier um rund 19 Prozent. Die verarbeiteten Rohstoffe waren zu 20 Prozent Baumwollgarn, zu 19 Prozent Wollgarn und zu 14 Prozent Tierhaare. In den sonstigen Wollwebereien wurde eine Gesamterzeugung im Werte von 663 Mill. Mk. erzielt, die etwa zu je einem Drittel auf Decken und Filzstücke entfällt. Hier ist der Kleinbetrieb mit weniger als 100 Arbeitern noch verhältnismäßig gut vertreten; auf ihn entfiel fast die Hälfte der Gesamterzeugung.

## Die deutsche Baumwollweberei

hat im Vergleich zum Jahre 1925 im Jahre 1928 eine bedeutende Erweiterung und Kapazitätzunahme erfahren. Bei einer Gesamtzunahme der Webstuhlzahl um rund 10 Prozent trat der Anstieg der Produktion an automatische Webstühle ein. Die Zahl derselben stieg von 13 937 auf 20 978, also um rund 7000 Stühle. Wie überhaupt in der Baumwollweberei das Großunternehmen mit mehr als 500 Arbeitern ausschlaggebend ist, so entfiel auch diese Zunahme an Automatenstühlen vornehmlich auf Großbetriebe, in denen rund 14 Prozent aller Webstühle automatisiert sind, während in Betrieben mit 300-500 Beschäftigten 11 Prozent und in Betrieben mit weniger als 300 Beschäftigten nur 4 Prozent Automatenstühle gezählt wurden. Während der Produktionswert der Baumwollwebereien mit 1 237 Mill. Mk. infolge der gesunkenen Preise etwa ebenso hoch war wie im Jahre 1925, war die Menge der 1928 verarbeiteten Garne rund 7 Prozent größer. Der Mehrverbrauch entfiel hauptsächlich auf Baumwollgarne. Der Verbrauch ausländischer ging zu Gunsten des Verbrauchs deutscher Garne weiter zurück. Die Gesamterzeugung der Baumwollwebereien entfiel zu 38 Prozent auf Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten, zu 30 Prozent auf Betriebe mit 300-500 Beschäftigten und zu 32 Prozent auf Kleinbetriebe mit weniger als 100 Beschäftigten. Der Exportanteil an der Gesamterzeugung betrug 6 Prozent des Gesamtjahres. Der Produktionswert der Baumwollweberei und Samtweberei betrug 42 Mill. Mk. und war

um ein Geringes niedriger als im Jahre 1925. Der Exportanteil betrug auch hier 6 Prozent.

In den Wollestoffwebereien konnte die Jahreserzeugung 1928 wesentlich gesteigert werden und betrug 143 Mill. Mk. Die Produktionszunahme entfiel hauptsächlich auf Kunstseidengewebe. Ausschlaggebend ist der Mittelbetrieb mit 100-500 Arbeitern und zwei Drittel der Gesamterzeugung. Der Exportanteil betrug 31 Prozent der Gesamterzeugung.

In den Leinen- und Scherwebereien trat unter dem Einfluß der immer stärker eindringenden Baumwollverarbeitung ebenfalls eine Zunahme an Webstühlen ein. Die Schwierigkeiten auf dem Rohstoffmarkt in der Leinenindustrie brachten einen Rückgang an verarbeiteten Leinengarnen auf 39 Prozent der insgesamt verarbeiteten Gespinnste, dagegen eine Zunahme der Baumwollgespinnste auf 57 Prozent. Die Erzeugung der Leinenwebereien betrug 286,5 Mill. Mk., die der Scherwebereien 41 Mill. Mk. Der Exportanteil beträgt bei den Leinenwebereien 5 Prozent, bei den Scherwebereien 10 Prozent. Ausschlaggebend sind die Großbetriebe mit mehr als 500 Arbeitern und die Mittelbetriebe mit 100 bis 300 Arbeitern, auf die je 37 Prozent der Erzeugung entfallen.

Die Juteweberei konnte 1928 ihre Produktionskapazität zu 90 Prozent ausnützen. Das bedeutet bei einer Vergrößerung des Webstuhlbestandes um fast ein Viertel eine erhebliche Produktionszunahme, die sich allerdings auch hier infolge der rückgängigen Preise nicht in den ermittelten Produktionswerten ausdrückt. Der Gesamt-Erzeugungswert belief sich 1928 auf 148 Mill. Mk. Der Exportanteil betrug 12 Prozent, die Erzeugung lag zu drei Viertel in Betrieben mit mehr als 300 Arbeitern.

Die Produktion der Seidenwebereien betrug 1928: 452 Mill. Mk. Der Exportanteil betrug rund 28 Prozent. Ausschlaggebend waren mit 40 Prozent der Gesamterzeugung Großbetriebe mit mehr als 500 Beschäftigten und mit 29 Prozent der Gesamtproduktion Mittelbetriebe mit 100 bis 300 Beschäftigten.

Die sogen. sonstigen Webereien, hauptsächlich Spezialbetriebe technischer und sonstiger gemischter Gewebe, erzielten einen Produktionswert von 75 Mill. Mk. Die Erzeugung entfiel zu zwei Drittel auf Betriebe mit 100 bis 300 Arbeitern. Der Exportanteil betrug durchschnittlich 28 Prozent.

Nach der Größe der Betriebe gegliedert bieten die Hauptzweige der Weberei folgendes Bild:

## Verteilung der Webereierzeugung nach Betriebsgröße.

Webereierzeugung	Zahl der beschäftigten Arbeiter				
	bis 100	101-200	201-500	über 500	Prozent
Weberei woll. u. halbwoll. Gewebe	22,2	41,1	17,7	16,8	2,2
Teppichwebereien	8,2	23,3	10,4	58,1	—
Sonstige Wollweberei	46,4	53,6	—	—	—
Baumwollweberei	13,6	30,0	17,5	38,6	0,3
W.-, Samt- u. Blüschweb.	24,5	75,7	—	—	—
Möbelstoffwebereien	17,4	46,8	17,0	18,8	—
Leinwandweberei	13,9	36,7	12,3	37,0	0,1
Schwerweberei	12,3	25,7	62,0	—	—
Juteweberei	7,8	18,4	23,1	50,7	—
Seidenweberei	12,6	28,6	17,5	39,8	1,5
Sonstige Weberei	24,6	30,8	15,0	19,4	0,2

\*) Mehr als 100 Arbeiter.

## Allgemeine Rundschau

### Son wo und wohin wandern die Menschen aus.

Die größte Einwanderungsziffer unter den Ländern Europas hat Frankreich. In Frankreich wanderten ein: 1927: 64 325 Fremde, 1928: 97 742 und 1929: 179 321 Fremde. Die Rückwanderung betrug in den gleichen Jahren: 89 982, 53 759 und 38 870. Von den in die Industrie eingewanderten Fremden stammen 80 Prozent aus Polen, Portugal, Belgien und Jugoslawien, von den in die Landwirtschaft eingewanderten Fremden 90 Prozent aus Polen, Belgien, Italien und Spanien. Unter den Einwanderern befanden sich 1929 insgesamt 7197 Reichsdeutsche und 1673 Deutschösterreicher. Aus Deutschland wanderten 1929 rund 49 000 Deutsche aus.

## Lohnabbau

In der Streitfache Aktiengesellschaft für Textilindustrie in Hemmingen gegen Zentralverband christlicher Textilarbeiter und Deutscher Textilarbeiterverband ist Termin zur Einigungsverhandlung auf Dienstag, den 14. März, vormittags 11 Uhr im Regierungsgebäude in Oldenburg anberaumt.

Zu diesem Termine werden Sie hierdurch geladen. Falls Sie weder selbst erscheinen, noch durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene Person vertreten sind, kann eine Geldstrafe bis zu 1000 Mark festgesetzt werden.

Langsam war schon der Verhandlungstermin fällig. Einmal hatten wir schon eine Ladung zum 13. Februar in Händen. Weil aber der nach Ansicht der klagenden Firma allein sachverständige Vorsitzende des Schlichtungsausschusses verhindert war, wurde die Streitfache des Lohnabbaues trotz der angeblichen Wirtschaftskrise der Firma vertagt.

Es ist dreiwertel Elf. Langsam steigen die Betriebsratsvertreter und die Gewerkschaftsangehörigen die breite Treppe des im romanischen Stile gehaltenen Regierungsgebäudes hinauf.

Im großen Sitzungszimmer nehmen an breiter Tafel links vom Vorsitzenden zwei Arbeiterbeisitzer, rechts von ihm zwei Syndikats als Unternehmerbeisitzer Platz. Die Verhandlung beginnt.

Vorsitzender Justizrat Müller:

Meine Herren! Die Aktiengesellschaft für Textilindustrie hat Tariffürsorge in ihrem Tariffreite mit den beiden Textilarbeiterverbänden beantragt. Ich bitte den Vertreter der Firma, Herrn Dr. Hinge, den Antrag zu begründen.“

Dr. Hinge: „Wir haben vergeblich versucht, uns mit den Gewerkschaften wegen des Lohnabbaues zu verständigen. Unvermeidlicherweise lehnen die Gewerkschaften den Lohnabbau ab, obwohl in den übrigen Textilbetrieben, die zu einem Tarifvertrag zusammengeschlossen sind, durch Schlichtung, der verbindlich erklärt wurde, ein Lohnabbau von 6 Prozent durchgeführt worden ist. Wir beanspruchen auch für unser Werk einen Lohnabbau von 6 Prozent.“

Bezirksleiter: „Der Herr Vorsitzende wie auch die Herren Beisitzer des Schlichtungsausschusses haben zweifellos in den letzten Monaten vor dem Schlichtungsausschuss manchen Antrag auf Lohnabbau begründen hören.“

Wohl noch nie wurde jedoch ein Antrag so oberflächlich und inhaltslos begründet wie der heute vorliegende. Weil andere Betriebe einen Lohnabbau durchgeführt haben, deshalb wollen wir auch einen solchen haben. Das war die ganze Begründung durch Herrn Dr. Hinge.“

Wenn in früheren Fällen der Schlichtungsausschuss Schiedsprüche mit Lohnsenkungen ausgesprochen hat, so wird dieses auf die tatsächlich vorhandene schwierige Lage der betr. Betriebe zurückzuführen sein.“

Heute haben wir es hier mit einem Werke zu tun, welches, im Gegensatz zu den sonstigen Werken der Textilindustrie, finanziell geradezu glänzend dasteht. Im vorletzten Jahre wurden nach reichlichen Abschreibungen 12 Prozent Dividende verteilt. Im Vorjahr, wo sich erhebliche Verluste der Firma infolge des Preissturzes der Wolle herausstellten, konnten trotzdem wieder reichliche Abschreibungen vorgenommen und 10 Prozent Dividende verteilt werden.“

Im Jahre 1930 wurde von einigen größeren Abteilungen des Werkes stark verkürzt gearbeitet. Außerdem hatte es noch an den Folgen der Rohstoffpreise zu leiden. Trotzdem gelang es dem Werk wiederum, nach reichlichen Abschreibungen den Reingewinn gegenüber dem Vorjahr um mehrere Hunderttausend Mark zu erhöhen. In den nächsten Tagen wird eine Dividende von 12 Prozent zur Ausschüttung kommen. Der größere Lebensdruck erklärt sich dadurch, daß man mit einer wesentlich verringerten Belegschaft dieselbe Produktion fertig gestellt hat. Man hat hunderte Arbeiter entlassen, Arbeitslohn gespart, die Arbeit der Entlassenen den verbliebenen Arbeitern mit aufgebürdet und dadurch mehrere Hunderttausend Mark mehr wie im Vorjahr erübrigt.“

Bei den geringen Löhnen in der Textilindustrie ist ein Lohnabbau, namentlich dort, wo die Finanzlage des Werkes so gut ist wie im vorliegenden Fall, einfach undenkbar. Ich beantrage daher, den Antrag der Firma auf Lohnsenkung abzulehnen.“

Vorsitzender: „Wünscht noch einer der Herren Parteivertreter das Wort?“

Dr. Hinge: „Es ist nicht so, als ob wir den Lohnabbau nicht haben müßten. Wir gewähren unseren Kunden, die das ganze Jahr ihren Bedarf an Wolle bei uns eindecken, am Schluß des Jahres einen Rabatt. Außerdem gewähren wir Frachtnachlässe.“

Ueber die erzielten Gewinne unseres Werkes zu reden, lehne ich ab, das hat mit diesem Tariffreite nichts zu tun. Die Nachrichten des Börsentheils einer hiesigen Zeitung, welche das Anziehen des Aktienkurses unseres Werkes um mehr wie 30 Prozent zur Folge hatten, scheinen mir von Gewerkschaftsseite ausgegangen zu sein.“

Bezirksleiter: „Die Börsennachricht ist nicht von uns ausgegangen. Doch darauf kommt es ja auch gar nicht an. Es kommt darauf an, ob dieselbe richtig war oder nicht. Dieses ist und konnte von Herrn Dr. Hinge nicht bestritten werden. Also, das Werk steht im Gegensatz zu den meisten anderen Werken der Textilindustrie bis über die Ohren im Geld. Deshalb ist ein Lohnabbau für das Werk unnötig, für die Belegschaft des Werkes aber ungeheuer schädlich und daher abzulehnen.“

Vorsitzender: „Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließe ich die Aussprache. Die Schlichterkammer wird die Angelegenheit beraten.“

Die Parteien verlassen den Sitzungssaal.

Wir stehen lange Zeit auf dem breiten Korridor. Die tiefe Stille im Beratungszimmer wird ab und zu unterbrochen durch die uns bekannte schrille Stimme eines Unternehmensbittens, der sicher mit viel Stimmaufwand für Lohnabbau plädiert.

Endlich öffnen sich die Flügeltüren. Die Parteien können eintreten. Unter lautloser Stille verläßt der Vorsitzende:

„Der Lohnvertrag zwischen der Aktiengesellschaft für Textilindustrie und den beteiligten Gewerkschaften wird in dem bisherigen Wortlaut wieder in Kraft gesetzt mit folgender Abänderung: Die Tariflöhne ermäßigen sich ab 16. März um 6 Prozent. Diese Regelung gilt bis zum 31. Juli 1931.“

Die Sitzung ist geschlossen. Als wir unsere Mäntel anziehen, sehen wir in das zufriedene lächelnde Gesicht des Fabrikdirektors. Wir aber gehen verbittert die breite Treppe des Regierungsgebäudes herunter, indem wir an den Witzspruch denken:

„Wer hat, dem wird gegeben.“ — Wer aber nichts hat, dem wird auch das noch genommen, was er zu haben scheint.“

### Die österreichische Textil-Industrie im Jahre 1930.

Von Dr. Hans Reif, Wien.

Die internationale Textilkrisis hat die einzelnen Zweige der österreichischen Textilindustrie in sehr verschiedenem Maße getroffen. Eine Verschlechterung ist zwar durchweg zu verspüren, aber alle jene Branchen, welche für den österreichischen Inlandsverbrauch zu klein sind und an einen Export nicht denken können, haben infolge des Schutzes, den man ihnen auf dem Inlandsmarkt angedeihen lassen konnte, relativ gut abgeschnitten, während die bedeutenden Zweige der österreichischen Textilindustrie, welche auch einen großen Export tätigen, die Weltkrise in voller Schwere verspüren. Dies gilt vor allem von der österreichischen Baumwoll-Spinnerei-Industrie. Diese Industrie verfügt heute über etwa 1.200.000 Spindeln, von denen aber im Jahre 1930 nur durchschnittlich 600.000 in Betrieb waren. 1929 waren es noch mindestens um die Hälfte mehr. Die Verminderung der Zahl der arbeitenden Spindeln ist zum großen Teil durch Stilllegung ganzer Betriebe erfolgt. Durch den Abschluß eines Kontingentsübereinkommens ist der Beschäftigungsstand bei den einzelnen Spinnereien, soweit sie nicht vollkommen stillgelegt sind, ungefähr gleichmäßig. Die Ursache der schlechteren Beschäftigung der österreichischen Baumwollspinn-Industrie liegt vor allem in dem katastrophalen Rückgang des Exportes. Die Ausfuhr nach Deutschland hat in den Jahren 1929/30 ganz aufgehört, der Export nach Ungarn ist auf ein Minimum zurückgegangen. Der Export nach Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien hat durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Ländern und durch die italienische Konkurrenz stark gelitten. Die Gesamtausfuhr fällt in allen diesen Ländern gegenüber dem Inlandsabsatz nicht mehr ins Gewicht. — Eine Einfuhr von Baumwollgarnen gibt es nur in wenigen Grenznummern und im Veredlungsverkehr.

Der Baumwollweber, die heute noch für den österreichischen Bedarf bei weitem zu klein ist, ging es relativ etwas besser. Trotzdem gab es auch hier eine Reihe von Insolvenzen, die aber zum überwiegenden Teil mit Verlusten der Firmen bei nichtösterreichischen Textilunternehmen oder den anderen Zweigen der Textil-Industrie zusammenhängen. Die Gesellschaften, welche Baumwollwebereien betreiben, sind ja vor allem Spinn-Weber und haben aus der Zeit der alten Monarchie her Vermögensinteressen in den anderen Nachfolgestaaten.

Der Beschäftigungsstand der Webereien ist gut. Der größte Teil der Stühle läuft. Die Webereien würden vollarbeiten, wenn nicht die starke ausländische Einfuhr, insbesondere der Import Englands, Deutschlands, der Tschechoslowakei, Italiens, der Schweiz und Frankreichs ihnen auf dem Inlandsmarkt scharfe Konkurrenz machen würden. Die österreichische Industrie hat viel höhere Produktionskosten als etwa die tschechoslowakische. Der Lohn eines Arbeiters in der Tschechoslowakei beträgt circa 130—140 Kr., der eines niederösterreichischen Arbeiters S. 34.— Dazu kommt noch, daß in Oesterreich die „sozialen Lasten“ bekanntlich unverhältnismäßig höher sind als in anderen Ländern. Trotz des höheren Lohnes ist der österreichische Weber bei weitem nicht so leistungsfähig wie der tschechoslowakische, der traditionsgemäß bereits als Junge die ersten Handfertigkeiten am Webstuhl erwarbt und mit welchen dann das Mehrstuflsystem bei besten Resultaten sehr weit gebracht werden kann. Unter diesen ungünstigen Voraussetzungen hat die österreichische Weberei-Industrie einen schweren Stand gegen die Einfuhr von Baumwollgeweben. 50—60 Prozent des österreichischen Konsums an solchen Geweben werden noch immer eingeführt. Die Preise der Baumwollwebwaren sind stark zurückgegangen, und zwar nicht nur entsprechend den Preisen der Rohbaumwolle und der Baumwollgarne, auch die Verdienstmarge der Webereien hat gelitten. Man hat auch in der österreichischen Baumwoll-Webindustrie versucht, zu Preisvereinbarungen zu gelangen, welche das Preisniveau stützen sollten. Einen Erfolg haben diese Bemühungen nicht gehabt, weil alle solche Vereinbarungen durch die ausländische Konkurrenz wirkungslos gemacht wurden. Die Lage der Webereien ist also alles in allem keine gute, auch wenn sie etwas besser ist als die Situation etwa der Spinnerei.

Relativ günstig haben auch die Kammgarnspinnereien abgeschlossen. Die österreichische Erzeugung deckt bei weitem nicht den Inlandsbedarf. Die Spinnereien konnten weiterhin voll arbeiten. Der scharfe Preisturz der Rohwolle bedeutete für die Spinnereien vor allem beträchtliche Verluste an den Lagerbeständen, während die Verdienstmarge kaum gelitten hat. Die Kammgarnwebereien mußten anfangs des Jahres 1930 Einschränkungen durchführen, später machte sich auf Grund der konstant billiger werdenden Rohmaterialien eine gewisse Belebung bemerkbar. Die Beschäftigung der Webereien dürfte auf 60—70 Prozent zu schätzen sein. Die Einfuhr von Kammgarngeweben aus der Tschechoslowakei, Frankreich, England und in kleinem Maßstab aus Deutschland und Italien konnte sich auf dem österreichischen Markt ziemlich unverändert behaupten.

In der österreichischen Druckindustrie arbeiten im Jahre 1930 nach großen Stilllegungen nur mehr circa die Hälfte der Firmen mit einem Teil der Rouleaus. Die Erzeugung war anfangs des Jahres relativ beträchtlich, späterhin hat die bedeutende Einfuhr von Druckartikeln, vornehmlich aus Italien und der Tschechoslowakei, der Import von bedruckter Kunstseide aus Ungarn und einiger Artikel der Druckindustrie aus Deutschland und Frankreich zu einer Störung des Absatzes der inländischen Fabriken geführt und die Läger stark anwachsen lassen. Um die Jahreswende ist dann die Situation wieder eine sehr schlechte geworden.

Die kleine österreichische Leinen-Webindustrie konnte infolge ihres geringen Umfanges halbwegs Beschäftigung erzielen, sie mußte die Preise laufend den Schwankungen des Rohmaterialpreises anpassen. Die schlechten Kreditverhältnisse in Oesterreich führten zu fühlbaren Verlusten.

## Der Deutsche Industrie- und Handelstag zur Sozialpolitik

Auf der 51. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages hielt Dr. Lenel, der Präsident der Handelskammer Mannheim, einen Vortrag über die Erfordernisse der Sozialpolitik. Lenel ging davon aus, daß die Sozialversicherung ein wertvoller Faktor zur Überbrückung sozialer Gegensätze ist. Das ständige Anschwellen der Ziffern des Sozialhaushaltes und die darin liegende ungeheure Belastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber müßte nachteilig auf die gesamte Wirtschaft einwirken und deren Kraft zur Ausdehnung der Beschäftigung allmählich erschöpfen. Die bekannten Vorschläge, statt der Sozialversicherung eine Selbstfürsorge der einzelnen Arbeitnehmer durch Zwangssparcassen einzuführen, hält Lenel aus politischen und ethischen Gründen und auch aus finanzpolitischen Erwägungen heraus für undurchführbar. Dagegen befürwortet er alle Maßnahmen, welche die angelegliche jetzige „Ausweitung“ der Sozialversicherung zurückschrauben. Der Invalidenversicherung ist nach seiner Ansicht nur schwer zu helfen. Besonders ausführlich behandelte Lenel die

### Reform der Arbeitslosenversicherung.

Auch nach seiner Ansicht ist es nicht möglich, die Unterstützung durch produktive Arbeit zu ersetzen (Arbeitsdienstpfllicht, Lohnprämien u. a.), da eine solche Verwendung erheblich höhere Mittel als die Unterstützung selbst erfordert. Dagegen wird die Arbeitszeitverkürzung befürwortet, aber nur soweit sie freiwillig geschieht. Eine gesetzliche Regelung könne nur wirtschaftlichen Schaden mit sich bringen. Es ist ernst zu erwägen, ob der Gedanke der Arbeitslosenversicherung nicht, wie dies auf dem Deutschen Städtetag vorgeschlagen wurde, überhaupt fallen gelassen werden soll und durch die Fürsorge zu ersetzen ist. Lenel schlägt vor, auf jeden Fall die Kräfte- und die Wohlfahrtsfürsorge zusammenzulegen, wobei die Gemeinden weiterhin die Lasten zu tragen haben, aber durch einen Ausgleich Zuschüsse vom Reich und den Ländern erhalten. Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit fordert Lenel eine geschmeidige „Anpassung des Lohnes“ an die besondere Lage. Damit verbindet er einen Angriff auf die bisherige Lohnpolitik und die Einrichtung der Verbindlichkeitserklärung. Er empfiehlt die Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung oder zumindest eine Einschränkung auf die für die Allgemeinheit lebenswichtigen Betriebe.

In der österreichischen Kunstseiden-Industrie ist das bedeutendste Ereignis die Stilllegung der St. Pöltner-Fabrik, der einzigen österreichischen Kunstseidenfabrik. Der Betrieb produzierte zu teuer. Die St. Pöltner-Fabrik verlangte einen Zollschutz, doch nahmen die nachverarbeitenden Industrien, speziell Export-Industrien, wie Polamenterie, Strickerei, Weberei, Flechtwaren und ähnliche Erzeugnisse in einer sehr erbitterten Debatte gegen diese Zollerböschung Stellung.

Die österreichischen Kunstseiden-Webereien leiden sehr unter dem Veredlungsverkehr. Die Kunstseidengewebe kommen zollfrei herein, werden nach der Veredlung nur zum Teil reexportiert, zum Teil bleiben sie in Oesterreich, wofür die Kunstseiden-Webereien nur eine sehr kleine Entschädigung bekommen. Die Situation ist keine gute, ebenso wenig geht die Seidenweberei gut, da die Einfuhr stark drückt und die Preise sehr gefallen sind. Weitere Reduktionen in der Seidenweberei sollen bevorstehen.

Die Ausstattungsindustrie, die in Oesterreich zum großen Teil auf das Geschäft mit Transitware angewiesen ist, hat im Export nach Ungarn, Rumänien, Polen und anderen Ländern schwer mit der Konkurrenz englischer und italienischer Fertigwaren zu kämpfen.

Der Export der österreichischen Strick- und Wollwaren-Industrie ist durch die außerordentlichen Anstrengungen der Fabriken halbwegs aufrecht erhalten worden, der Inlandsabsatz hat durch die Wenderung der Mode eine kleine Verminderung erfahren.

Das wichtigste Einzelergebnis der österreichischen Textilindustrie im Jahre 1930 war die Reorganisation der österreichischen Rautnerkonzerne nach Uebernahme durch die Kredit-Anstalt. Die Vereinigte Oesterreichische Textilindustrie-A.G., bisher der Kernpunkt des Konzerns, besteht nur dem Namen nach weiter. Geschäfte werden nunmehr von der Pottendorfer Spinnerei und der Felzdorfer Weberei A.G. geführt. Bei der Uebertragung der Geschäfte wurde ein Teil der Betriebe stillgelegt.

### Verjährung allgemein, insbesondere des Arbeitslohnes

Alle Ansprüche unterliegen der Verjährung, soweit nicht das Gesetz ausdrücklich eine Ausnahme vorsieht. Die regelmäßige gesetzliche Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre. Durch die Verjährung wird der Anspruch zwar nicht vernichtet, wohl aber kann eine Rechtsverfolgung vom Prozeßgegner durch die Einrede der Verjährung unmöglich gemacht werden. Das Gericht hat von sich aus nicht zu prüfen, ob ein Anspruch verjährt ist, sondern es darf diesen Einwand nur dann berücksichtigen, wenn er vom Gegner erhoben worden ist. Die 30jährige Verjährungsfrist gilt überall dort, wo nicht durch Gesetz oder Vereinbarung eine kürzere Verjährungsfrist bestimmt ist. Für den Arbeitnehmer sind vor allem die zweijährigen Verjährungsfristen aus § 196 Ziffer 8 BGB. von Bedeutung. Danach verjähren die Gehalts-, Lohn- und Auslagenansprüche aller Arbeitnehmer (also alle Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis) in zwei Jahren. Gleichfalls verjähren in dieser Frist die Ansprüche des Arbeitgebers gegen den Arbeitnehmer wegen der auf das Entgelt und die Auslagen gemähten Vorschüsse. Soweit ein Vorschuß in Form eines Darlehens gewährt ist, greift die 30jährige Verjährungsfrist Platz.

Die Verjährungsfrist dieser Ansprüche beginnt nicht im Zeitpunkt der Entstehung des Anspruches, sondern mit dem Schlusse des Jahres, in welchem der Anspruch ent-

Die endgültige Absage Lenels an den Gedanken der Zwangssparcasse wird überall lebhaft Zustimmung finden. Widersprochen muß dagegen aber seinen Vorschlägen zur Reform der Sozialversicherung werden. Die Anregung, die Arbeitslosenversicherung durch eine staatliche Fürsorge zu ersetzen, muß von Arbeitnehmerseite aufs schärfste abgelehnt werden. Es ist auch zweifelhaft, ob durch diese Rückentwicklung den Reichsfinanzen besonders gedient ist. Denn die Reichsregierung hat ausdrücklich die Sanierung des Reichshaushaltes davon abhängig gemacht, daß die Arbeitslosenversicherung aus dem Haushalt herausgenommen und auf eigene Füße gestellt wird. Sicherlich wird es in besonders kritischen Zeiten nicht möglich sein, nur auf dem Wege von Beitragserhöhungen die Arbeitslosenversicherung aufrecht zu erhalten. Auch die Allgemeinheit ist verpflichtet, für die Arbeitslosen Opfer zu bringen. Aber der Versicherungsgedanke als solcher muß unter allen Umständen erhalten bleiben.

Lenels

### Angriff auf die Lohnpolitik

überrast keineswegs. Nur ist es bedauerlich, daß ein Redner auf einer so bedeutenden Tagung mit so billigen agitatorischen Mitteln arbeitet. Es wird niemand behaupten können, daß die deutsche Lohnpolitik nicht anpassungsfähig wäre. Wer das behauptet, mag sich die Schiedsprüche des vergangenen Jahres ansehen, die durchweg den Arbeitnehmern einen empfindlichen Lohn- und Gehaltsabbau gebracht haben. Gewiß wurden die radikalsten Forderungen der Unternehmer nicht voll erfüllt. Aber gerade damit ist ihnen der beste Dienst erwiesen worden. Denn eine noch weitere Verringerung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes muß sich in einer erhöhten Einengung des Inlandsabzuges bemerkbar machen, die krisenverschärfend wirkt und damit die augenblickliche Notlage noch erhöht. Auch die Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung birgt große Gefahren. Gerade im Interesse des Wirtschaftstreibens muß die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen aufrecht erhalten werden. Im Falle ihrer Beseitigung wächst die Gefahr, daß unsere Wirtschaft in einen Strudel von Streiks und Ausperrungen gerissen wird, ins Unermessliche. Im Zeitpunkt der schwersten Wirtschaftskrise sollten deshalb derartige fragwürdige und beunruhigende Vorschläge unterbleiben. Für die Arbeiter-schaft sind sie undiskutabel.

standen ist. Das bedeutet, daß am 31. Dezember 1930 alle Arbeitnehmerforderungen auf Entgelt, die im Jahre 1928 entstanden sind, verjähren. Es ist dabei belanglos, aus welchem Monat des Jahres 1928 die Forderung rückständig ist, es sei denn, daß die Fälligkeit der Forderung durch Stundung hinausgeschoben worden ist.

Der Gläubiger kann die Verjährung damit bekämpfen, daß er vor Ablauf der Verjährungsfrist die Klage erhebt oder die Zustellung eines Zahlungsbefehles bewirkt. Durch eine solche Maßnahme wird die Verjährung unterbrochen. Wird der Anspruch durch Urteil rechtskräftig festgestellt, dann wird die zweijährige Verjährungsfrist durch eine 30jährige abgelöst. Ebenfalls wird die Verjährungsfrist unterbrochen, wenn der Verpflichtete (der Schuldner) dem Berechtigten (dem Gläubiger) gegenüber den Anspruch durch Abschlagszahlung, Zinszahlung oder in anderer Weise anerkennt. Die Wirkung der Unterbrechung der Verjährung ist die, daß nach der Unterbrechung der bis dahin abgelaufene Zeitraum bei der Berechnung der Verjährungsfrist nicht mehr in Betracht kommt. Wird z. B. die Verjährung eines Anspruchs durch Anerkennung am 5. Juli 1930 unterbrochen, so wird die Verjährung zwei Jahre später, am 5. Juli 1932, nicht erst mit Ablauf des 31. Dezember 1932, beendet.

Die Einreichung der Klage zwecks Unterbrechung der Verjährungsfrist ist auch nicht erforderlich, solange die Leistung gestundet oder der Schuldner aus einem anderen Grunde vorübergehend zur Verweigerung der Leistung berechtigt ist. In diesen Fällen ist die Verjährung gehemmt. Hemmung bedeutet so viel, als Ruhen des Fristlaufes wegen Vorhandenseins eines Hemmungsgrundes.

### Neuer Lohnstarif für die Kunstseidenindustrie

Am 13. und 14. April 1931 fanden vor dem Haupttarifamt der chemischen Industrie in Berlin Verhandlungen über den Neuabschluss eines Lohnstarifes statt. Strittig war die Lohnregelung für Köln-Rand und die Löhne für Köln-Stadt (Kölner Wirtschaftsgebiet). Das Haupttarifamt entschied in den Streitfällen wie folgt:

#### 1. Lohnregelung für Köln-Rand.

„Die Lohnstarif vom 24. April 1929 wird verlängert mit der Maßgabe, daß der Lohn des über 20 Jahre alten Betriebsarbeiters, der 20—21 und über 21 Jahre alten gelernten Handwerker, der Hilfs-Handwerker und der über 21 Jahre alten Heizer und Maschinisten in allen Lohnklassen und Lohngruppen um je 4 Pfg. pro Stunde gesenkt wird.“

Der Stundenlohn aller übrigen Kategorien und Altersklassen wird in der bisher üblichen Weise errechnet. Die neue Lohnstarif gilt vom 13. April 1931 ab und kann erstmalig mit vierwöchiger Frist zum 30. November 1931 gekündigt werden.“

#### 2. Lohnregelung für Köln-Stadt (Kölner Wirtschaftsgebiet).

„Die Lohnstarif vom 22. April 1929 wird mit der Maßgabe verlängert, daß der Stundenlohn des über 21 Jahre alten Betriebsarbeiters in den Gruppen 1, 2 und 3 um je 4 Pfg. pro Stunde gesenkt wird.“

Die Stundenlöhne der übrigen Kategorien und Altersklassen werden in der bisher üblichen Weise prozentual errechnet.

Die neuen Löhne gelten ab Donnerstag, den 16. April 1931, und sind erstmalig mit vierwöchiger Frist zum 30. November 1931 kündbar.

Die Entscheidungen des Haupttarifamtes sind endgültig.

Allgemeine Rundschau

Alle 161 Minuten ein Eigenheim.

Es ist als eine Spitzenleistung anzusehen, daß alle 161 Minuten ein Eigenheim finanziert und gebaut werden kann. Diese Leistung vollbringt die älteste und größte Bauparkasse Deutschlands und Oesterreichs, die Gemeinschaft der Freunde Wißtenrot in Ludwigburg/Wittbg.

Aus der Jugendbewegung

Wochenendkursus der männlichen Jugendgruppe Düren.

Am 28. Februar und 1. März fand im Gewerkschaftshause unser diesjähriger Wochenendkursus statt. Der strömende Regen hatte manchen jungen Kollegen, die alle zum Zeitpunkt von der Stadt entfernt wohnen, verhindert, am Kursus teilzunehmen.

bot sich ein schönes Bild unserer Heimat. Im Hintergrund die hohen Berggipfel der Eifel, zu Füßen der silbernen schlängelnde Lauf der Aar.

Dann schieden wir mit einem kräftigen „Auf Wiedersehen!“ Josef Briem.

Wochenendkursus der Ortsgruppe Nordhorn am 21. und 22. März 1931.

Die Tagung wurde von dem Kollegen Hesselink eröffnet. Er hieß in seinen Begrüßungsworten besonders den Kollegen Maier aus Düsseldorf sowie alle anderen auf das herzlichste willkommen.

Am Sonntag morgen 10 Uhr wurde der Kursus fortgesetzt. Zu begrüßen war es besonders, daß auch noch mehrere ältere Kollegen erschienen waren, trotzdem der Morgen für die Jugend andauernd am Regen.

oft noch weniger. Die Maschinen kosten Geld, die Arbeiter nicht. Während der Unternehmung der Vorkriegszeit es als eine Schande betrachtete, seinen Betrieb stillzulegen, macht sich der heutige unverantwortliche Kapitalismus nichts daraus, heute hier, morgen dort, einen Betrieb stillzulegen.

Berichte aus den Ortsgruppen

Dahtrup. Am Sonntag, dem 22. März, veranstalteten wir eine gutbesuchte öffentliche Versammlung, zu der die gesamte Bürgergemeinschaft eingeladen worden war.

Buchbesprechung.

Die Geschichte der Gewerkschaften. Von Dr. Franz Hemala. 2. Auflage. 328 Seiten, Orlan, Halbleinen RM. 5,80, brosch. RM. 3,80.

Der in der christlichen Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs seit ihren ersten Anfängen hervorragend tätige Verfasser legt uns die zweite Auflage seiner Geschichte der Gewerkschaften vor, die bei ihrem ersten Erscheinen auch die Anerkennung der gewerkschaftlichen Kreise gefunden hat.

Verammlungskalender

Borghorst i. Westf. Sonntag, den 26. 4. 1931, vormittags 10 Uhr im Lokale der Ww. Grantmann (großer Saal) Mitglieder-versammlung.

† Sterbetafel †

Mich. Häusler, Augsburg, 52 J. — Emil Ruppriecht, Greiz, 65 J. — W. Zapp, Gummersbach, 54 J. — Bernh. Steinloch, Gütersloh, 56 J. — Jos. Ledalouth, Eberfeld, 38 J. — Luise Lubescher, Wehr, 62 J. — Frau Ella v. d. Mühlen, Barmen, 59 J.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Schwierige Lage der Invalidenversicherung. — Kampf gegen die Sozialversicherung! — Die Struktur der deutschen Weberei-Industrie. — Allgemeine Rundschau. — Die österreichische Textilindustrie im Jahre 1930. — Der Deutsche Industrie- und Handelsstag zur Sozialpolitik. — Verjährung allgemein, besonders des Arbeitslohnanspruchs. — Neuer Lohnsatz für die Kunstseidenindustrie. — Feuilleton: Lohnabbau. — Aus der Jugendbewegung. — Berichte aus den Ortsgruppen. — Buchbesprechung. — Verammlungskalender. — Sterbetafel.

Wer kauft hier, kauft bei Uhren-Klöse! Reklamepreis! nur 4 Mk. Offert edste deutsche Uhrenwerke Nr. 52, Part vermindert auf 30 Stück, genau reguliert. nur 4,00 RM.

Für 4,60 RM. das ganze Carton voller Blüten! Wir haben 10 Edelrosen, das Beste, was jemals gepflanzt wurde. Über 20 Jahre Erfahrung. Besten aus England. 10 Prachtdahlien in den schönsten Farben. 10 Rosen-Bouquet in den schönsten Farben. 10 wunderschöne Dahlien in den schönsten Farben. 10 Glanzdahlien.

Bei Asthma Katarrhen der Atmungsorgane Verschleimung veraltetem Husten u. Heiserkeit erhalten Leidende von uns zur Aufklärung umsonst und portofrei eine mit Abbildungen versehene Broschüre über diese Krankheiten und deren gesundheitsfördernde, direkte, örtliche, d. h. innere Bekämpfung und Desinfektion mittels des „Pulmann Inhalators“.

Der Deutsche ist die Tageszeitung des christlichen Gewerkschaftlers

Saatkartoffeln Die Königin der Frühkartoffeln Original Paulsens Juli Krabfent. Vertrieben durch den Reichsausschuss für die Provinz Brandenburg besorgen die Überlieferer von Paulsens Juli Krabfent den besten Frühkartoffel aus Thüringen und die besten Frühkartoffel aus dem Saalegebiet. Die Krabfent sind nicht nur für den Hausgebrauch, sondern auch für den Handel geeignet.

Anerkannt beste Bezugsquelle für billige böhmische Bettfedern 1 Pfund graue, 1/2 te, geschlossene, 80 Pfg. 1 — M. halbweiss 1,20 M. 1,40 M.; weisse flammige, geschlossene 1,70 M. 2 — M. 2,50 M. 3 — M.; feinste geschl. Halbflaum-Hirschschafwolle 4 — M. 5 — M.; 1 Pfund Rospfedern ungeschlossen mit Flaum gemengt, halbweiss 1,75, weisse 2,40, 3 — M.; allerfeinster Flaumrühl 3,50 M. 4,50 M.; Versand Zollfrei, gegen Nachnahme, von 10 Pfund an franco. Umsonst gestickt, für Nichtpassendes Geld retour.

Hierher Jaberddorfer Heil- und Wundsalbe altes Rezept als einzig heilendes und schmerzstillendes Mittel bei offenen Wunden, alten, tiefen, heilenden Stichen, Kratzwunden, Verbrennungen, Blasenverletzungen. 1 Dose 2 RM. 1,50, 4 Dosen 6 RM. 4,50.